



## **Appell der Beschäftigten für sichere Industrie- arbeitsplätze in Stadt- und Landkreis Kitzingen**

Die Delegationen aus den Betrieben Baumüller Kitzingen, Bosch Rexroth Volkach, Frankenguss Kitzingen, Fehrer Großlangheim, Fehrer Kitzingen, GEA Kitzingen, Leoni Kitzingen, Mero Prichsenstadt und Schaeffler Kitzingen, stehen heute stellvertretend für rund 4.500 Beschäftigte am Kitzinger Marktplatz und wenden sich mit einem Appell für sichere Industriearbeitsplätze in Stadt und Landkreis Kitzingen an die Öffentlichkeit.

Wir machen uns Sorgen darüber, wie es mit Arbeit und Beschäftigung in der Region weitergeht. Nicht erst seit Beginn der Corona-Pandemie befinden sich die Unternehmen auch in der Stadt- und im Landkreis Kitzingen in einem Prozess des industriellen Wandels. Gerade jetzt gilt es, richtige Weichen für sichere und tarifgebundene Industriearbeitsplätze zu stellen. Wir setzen uns für Beschäftigungssicherung statt Arbeitsplatzabbau ein. Wir brauchen auch in Zukunft einen starken Industriestandort Kitzingen!

Im Prozess des sich beschleunigenden Wandels in den Produktionsbetrieben setzen wir auf Aus- und Weiterbildung. Wir fordern die Unternehmen der Region dazu auf, die Möglichkeiten des Chancenqualifizierungsgesetzes offensiv zu nutzen, Beschäftigte zu qualifizieren und so in den Betrieben zu halten. Die Agentur für Arbeit muss direkt auf die Betriebe zugehen und Projekte zur Fortbildung anbieten. Es gilt, die vorhandenen Mittel der Bundesagentur für Arbeit voll auszuschöpfen und so Perspektiven für Beschäftigung und Arbeit zu schaffen. Die Unternehmen der Metall- und Elektroindustrie in Stadt- und Landkreis Kitzingen fordern wir dazu auf, Arbeit gerecht zu verteilen und Ideen zur Arbeitszeitverkürzung nicht zu blockieren.



Die Betriebe, die coronabedingt staatliche Unterstützung erhalten, dürfen keine Beschäftigten entlassen! Außerdem gilt es, den Trend berufliche Ausbildung zurückzufahren, zu drehen. Nur mit einer qualifizierten beruflichen Ausbildung schafft man Zukunftsaussichten für junge Menschen!

An die Bundestags- und Landtagsabgeordneten gerichtet sagen wir: Beteiligen sie die Reichen an der Bewältigung der Krisenlasten in der Pandemie. Es kann nicht sein, dass nur die Beschäftigten für die Krisenkosten bezahlen. Die Grenzen der Belastung sind erreicht. Gerade die Kurzarbeit hat viele Kolleginnen und Kollegen erheblich gefordert. Viele wissen kaum noch, wie es bei ihnen finanziell weitergehen soll.

Entscheidend für die Weiterentwicklung guter Arbeit ist die Mitbestimmung der Beschäftigten in den Betrieben. Mehr Mitbestimmung heißt zum Beispiel mehr Gesundheitsschutz! Mehr Mitbestimmung heißt Standortsicherung, statt Produktionsverlagerung und mehr Mitbestimmung in den Betrieben bedeuten Perspektiven für gute Arbeit in unserer Region.

Gute Arbeit, statt Arbeitsplätze mit Dumpinglöhnen gibt es nur, wenn alle Akteure in Stadt- und Landkreis Kitzingen an einem Strang ziehen. Wir schlagen der Kommunalpolitik vor, einen lokalen Digitalrat zu schaffen, in dem sich die öffentliche Hand, Arbeitsmarktexperten, Unternehmen, Gewerkschaften und Wissenschaft an einen Tisch setzen, um Ideen für den Industriestandort- in Stadt und Landkreis Kitzingen zu entwickeln. Ohne offensive Strategien in der Transformation, bleibt gute und tarifgebundene Arbeit in unserer Region auf der Strecke!

Kitzingen, 14. Oktober 2020